

M i l l a b a d e r T a g b l a t t

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. (incl. Post) im Voraus; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pfg. — Bestellsort: Enzthalbahnstation Wildbad. — Druckerei: Enzthalbahnstation Wildbad. — Postamt: Wildbad. — Postfach: 29174.

Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Silberstraße 85, Telefon 171. — Wohnung: Bismarckstraße 44.

Nummer 55

Februar 479

Freitag, den 7. März 1930

Februar 479

65. Jahrgang.

Deutscher Reichstag

Der Youngplan

Berlin, 6. März.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Haager Konferenz 1929 bis 1930, also der Youngplan und die dazu gehörigen Abkommen.

Abg. Ullrich (S.) gab seiner Enttäuschung über das Ergebnis der Haager Verhandlungen Ausdruck. Sie hätten gezeigt, wie tief noch immer der Abgrund von Mißtrauen sei, der zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern kesse. Die Gegenseite habe einen bedauerlichen Mangel an Verständnis für unsere nationalen Interessen gezeigt. Besonders enttäuscht habe auch das Verhalten der englischen Arbeiterregierung.

Der Youngplan bringe nicht die Befreiung. Annehmbar sei er nur deswegen, weil man seine Last vergleichen müsse mit der noch größeren Last, die uns bei seiner Ablehnung der Dawesplan auferlege. Jetzt sei wenigstens die Entpolitisierung der Reparationsfrage, die Befreiung des besetzten Gebietes und eine größere Bewegungsfreiheit für unsere Außenpolitik erreicht. Die Saarverhandlungen dürfen nicht weiter verschleppt werden.

Die Frage, ob der Youngplan erfüllbar sei, lasse sich nicht genau beantworten. Ein gewisses Maß der Lebenshaltung unseres Volks dürfe aber nicht unterschritten werden. Der Youngplan trage noch immer den Charakter des Diktats. Die Gläubiger tragen dabei die Mitverantwortung für den Erfolg des Planes. Zwangsmassnahmen seien nur bei „Rettenung“ des Planes möglich. Der Austausch der Erklärungen über die Sanktionsklausel sei der häßlichste Flecken in der Geschichte der Haager Verhandlungen. Starke Bedenken erzeuge das Polenabkommen. Deutschland bringe dadurch ein materielles Opfer von etwa 500 Millionen, während der versprochene Gewinn nationaler Art unsicher bleibe. Er selbst könne die Notwendigkeit der Verbindung des Abkommens mit dem Youngplan nicht einsehen.

Die Einigung über die Deckungsfrage

Eine politische Lösung

Berlin, 6. März. Wie bereits kurz gemeldet, ist in der gestrigen Kabinettsitzung das Deckungsprogramm des Reichsfinanzministers angenommen worden. Dieses Programm läuft im großen und ganzen auf das hinaus, was Dr. Moldenhauer von Anfang an gewollt hatte, der ganze Streit war also unnötig, und es hätte viel Zeit und Geld erspart werden können.

Moldenhauer hatte seine Vorschläge zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushaltsplan des nächsten Rechnungsjahrs von vornherein darauf aufgebaut, daß die Verpflichtung des Reichs zur Deckung von Ausfällen in der Arbeitslosenversicherung aufgehoben werde.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt beläuft sich auf 470 Millionen Mark. Davon werden die 145 Millionen Fehlbetrag des Rechnungsjahrs 1928 abgesetzt und auf den Schuldentilgungsfonds übernommen. Unter Einrechnung kleiner Mehreinnahmen ergibt sich somit ein zu deckender Fehlbetrag von etwa 305 Millionen Mark. Dieser Fehlbetrag soll nun durch folgende bereits bekannte Steuer- und Finanzmassnahmen gedeckt werden:

1. Erhöhung der Biersteuer um 75 v. H. gleich 240 Millionen, wovon 90 Millionen den Ländern überwiesen werden, während das Reich 150 Millionen für sich behält.
2. Erhöhung des Benzinsteuers von 6 auf 10 Pfg. für das Liter und Einführung eines Benzolsteuers von 10 Pfg. gleich 65 Millionen, wovon 26 Millionen an die Länder gehen. Die Kraftfahrzeugsteuer soll gleichzeitig um 10 Millionen erhöht werden.
3. Die Mineralwassersteuer mit 40 Millionen soll hauptsächlich den Gemeinden für soziale Zwecke zugute kommen.
4. Die Zollerhöhung für Kaffee und Tee gleich 50 Millionen (für das Reich).
5. Vorverlegung der Zahlungstermine (Kürzung der Stundungsfristen) für Verbrauchsabgaben gleich 30 Millionen.
6. Fortfall der Ermäßigung der Dawes-Industrieabgabe gleich 50 Millionen, zusammen rund 475 Millionen, wovon das Reich 305 Millionen in Anspruch nimmt, die restlichen 170 Millionen sollen, wie bemerkt, den Ländern und Gemeinden zukommen.

Die Streichung der ursprünglich vorgesehenen Ermäßigung der Industrieabgabe (statt 300 nur 250 Millionen) wird dadurch ausgeglichen oder aufgehoben, daß für den Bedarf des Reichshaushalts aus dem Reservegrundstock der Bank für deutsche Industriefuldverschreibungen 50 Millionen entnommen werden; zur Deckung des Haushalts hat jedoch die aufbringungspflichtige Industrie unmittelbar zunächst nur 250 Millionen für den Reichshaushalt aufzubringen.

Was nun den Fehlbetrag der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung anlangt, so beläuft sich nach dem Voraus-

Tagespiegel

Der Aeltertestentat des Reichstags beschloß, daß die zweite Lesung des Youngplans möglichst in dieser Woche zu Ende geführt werden soll. Für die Abstimmungen ist die Montagssitzung der nächsten Woche in Aussicht genommen. Die um 3 Uhr beginnen soll. Am Dienstag könnte dann die dritte Lesung des Youngplans in Angriff genommen werden.

Der Verkehrsausschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erkennt in einer Entschließung die schwierige finanzielle Lage der Reichsbahn an; es müßten jedoch alle Anstrengungen gemacht werden, um die geplante Tarifserhöhung zu vermeiden.

Bei einem Kampf zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten in Röntgenal bei Berlin wurden von den letzteren vier verletzt, davon einer durch einen Bauchschuß tödlich.

Aus Berlin, Breslau, Kiel, Göttingen, Jhehoe, München und anderen Städten des Reichs, auch aus Wien, werden kommunistische Kundgebungen unter Beizehung der Arbeitslosen gemeldet. Erstere Zusammenkünfte, die über die Anwendung des Sammelknüttels hinausgingen, scheinen aber nach den bis zum Spätnachmittag vorliegenden Nachrichten nicht vorgekommen zu sein.

Die französische Kammer hat der Regierung Tardieu mit 316 gegen 260 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die Mehrheit von 56 Stimmen ist größer als diejenige, die das erste Kabinett Tardieu erzielte.

Die Gesetzesvorlage zur Beschränkung der Einwanderung in Südafrika, die bereits vom Abgeordnetenhaus in Kapstadt angenommen worden ist, wurde vom Senat in allen drei Lesungen erledigt. Sie wird am 1. Mai in Kraft treten.

Schlag der Zuschußbedarf im neuen Rechnungsjahr auf 250 Millionen. Dazu kommt noch ein Betrag, der als Ersatz für die Reichsbürgschaft als Kollodk in Einnahme gestellt werden soll. Die 250 Millionen sollen wie folgt gedeckt werden:

1. Aus Mitteln der Angestellten- und Invalidentversicherung gegen Verpfändung von im Reichsbereich befindlichen Reichsbahnvorschußaktien gleich 150 Millionen;
2. aus zusätzlichen Einnahmen durch weitere Erhöhung des Versicherungsbeitrags von 3,5 bis auf 4 v. H. Kommt im Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung eine Einigung nicht zustande, so sollen entsprechende Befehle von Regierung, Reichsrat und Reichstag beschloffen werden.

Der Notkoll für die Arbeitslosenversicherung

Der eigentliche Streitgegenstand zwischen den Koalitionsparteien war in den letzten Tagen die Art, wie ein Notkoll für die Arbeitslosenversicherung beschafft werden könne. Es ist nun, wie bereits berichtet, eine Zweiteilung in der Aufbringung der betreffenden Summen beabsichtigt: 50 Millionen sollen dadurch beschafft werden, daß die zurzeit mit 250 Millionen Mark in Aussicht genommene Industrieabgabe für den Reichshaushalt um 30 Millionen, also auf 280 Millionen und der aus dem Reservegrundstock der Bank für deutsche Industriefuldverschreibungen zu entnehmende Betrag gleichfalls von 50 auf 70 Millionen erhöht werden soll. Diese 30 bzw. 20 Millionen, zusammen 50 Millionen, sollen also den Notkoll für die Arbeitslosenversicherung bilden. Außerdem sollen für das Rechnungsjahr 1931 und die folgenden Jahre jeweils gezahlte Einkommensteuer nicht mehr zurückgestellt werden, der zu 60 Millionen jährlich berechnete Betrag soll vielmehr dem Notkoll der Arbeitslosenversicherung zugute kommen.

Großadmiral von Tirpitz †

München, 6. März. Großadmiral von Tirpitz ist heute früh 7 Uhr im Sanatorium Ebenhausen bei München im Alter von nahezu 81 Jahren gestorben.

Großadmiral v. Tirpitz hatte in den letzten Tagen unter einer Bronchitis zu leiden, von der er sich wieder erholt hatte, doch blieb eine starke Herzschwäche zurück, die ihn zwang, das Sanatorium aufzusuchen. Die Befragung dürfte voraussichtlich im Münchner Waldfriedhof erfolgen.

Großadmiral Alfred Friedrich v. Tirpitz ist der Schöpfer der deutschen Flotte, die kurz vor der Vollendung stand, als der Weltkrieg über uns hereinbrach. Es war die Frucht fleißigjähriger unerbittlicher, zielbewusster Arbeit des Großadmirals. Gleich Scharnhorst blieb es aber Tirpitz verlag, die Waffe, die er geschmiedet, im Kampf selbst zu führen. Tragischer als das Scharnhorst war sein Geschick, zusehen zu müssen, wie sie nicht ihrem Werk und ihrer Stärke gemäß verwendet wurde. Er, der die Menschen und Dinge klarer durchschaute, mußte sich einem „Pessimisten“ schenken lassen, weil er immer wieder auf die durch England als Gegnerchaft ins Ungeheure gesteigerte Schwere des uns aufzuerwartenden

Kriegs hinwies und den rüchhaltigen Einsatz aller Mittel gegen diesen Gegner forderte. Sein Rat verhallte ungenutzt; am 17. März 1917 wurde er aus dem Amt entlassen, in dem er die größte Seemacht geschaffen hatte, die Deutschland je besessen hat, und eine der besten Flotten, die je die Meere befahren haben. Der Zusammenbruch unseres Volks verjagte auch die Flotte, die Ehre der unbeflegten Flagge wahrte Admiral v. Reuters Tat, der die deutsche Flotte vor Scapa Flow versenkte.

Zu der Tragik im Leben des Großadmirals von Tirpitz gehört es auch, daß er das Unheil kommen sah, das über uns hereinbrach. Als sein ständiges Mahnen und Raten zur Aktivität im Hauptquartier ungehört blieb und mit seiner Verabschiedung quittiert wurde, schrieb er — wie seinen „Erinnerungen“ zu entnehmen ist — die Worte nieder: „Unser Verhalten im Frühjahr 1916 sagte der ganzen Welt mit Ausnahme einiger deutscher Diplomaten und Demokraten: Deutschland geht unter!“ Sein letzter Versuch, diesem Untergang mit allen Mitteln sich entgegenzustellen, war die Gründung der Vaterlandspartei.

So tragisch das Geschick des Mannes war, so bewunderungswürdig ist es, daß er auch durch den Zusammenbruch sich nicht beugen ließ. Er stellte sich auch in dem Kampf um den Wiederaufbau mit in die vorderste Reihe. Vier Jahre lang gehörte Tirpitz als Mitglied der deutschnationalen Fraktion dem Reichstag an.

Alfred v. Tirpitz ist am 19. März 1849 in Küstrin geboren. Er trat am 24. April 1865 als Kadett in die damals preussische Marine ein.

Der Sohn des Großadmirals, Kapitänleutnant von Tirpitz trifft am Donnerstagabend aus Frankfurt a. M. in Ebenhausen ein. Am Freitag früh wird aus Kopenhagen der Schwiegerjohn des Großadmirals, der deutsche Gesandte von Hasselt, erwartet. Hierauf wird im Familienrat über die Befetzung der sterblichen Ueberreste des Großadmirals Beschluß gefaßt werden.

Beileid des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat der Witwe des verstorbenen Großadmirals von Tirpitz in einem Telegramm folgenden Bortlautes sein Beileid ausgesprochen: „Tief erschüttert durch die Nachricht von dem Heimgang Ihres von mir hochgeschätzten Gotten, des Großadmirals v. Tirpitz, spreche ich Ihnen und den Ihren meine tiefempfundenen Teilnahme aus. Die großen Verdienste des Verstorbenen um die deutsche Flotte in Frieden und Krieg werden in der Geschichte der deutschen Behrmacht weiter leben. gez. v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Neueste Nachrichten

Erst Sicherheit für die Steuerentung

Berlin, 6. März. Das Zentrumblatt „Germania“ schreibt: Die Einigung im Reichskabinet sei gewiß erfreulich. Aber sie müsse ihre Ergänzung finden in einer unzweifelhaften Bindung der Regierungsparteien, die vor der Entscheidung über die Younggesetze eine Sicherung für die Durchführung des Finanzprogramms gibt.

Es wird Sache der Reichsregierung sein, diese Bindung zu schaffen und zu verhalten, daß die im Kabinet mit Mühe und Not überwundene Krise nun von den Parteien her droht. Die Mittel hierzu hat sie in der Hand.

Von der sozialdemokratischen Fraktion wird dagegen nach wie vor gefordert, daß zuerst die Younggesetze gesichert sein müßten. Gegen die Einigung über Steuergesetze habe die Sozialdemokratie schwere Bedenken. — Der Streit um den Vorgang der beiden Vortagen ist also noch nicht entschieden und weitere Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Die Reichsregierung beabsichtigt, am Samstag eine Parteiführerbefprechung über das Finanzprogramm und über die Verabschiedung des Youngplans abzuhalten.

Viscount Gladstone gestorben

London, 6. März. Viscount Gladstone, der Sohn des berühmten Staatsmanns, ist heute früh im Alter von 76 Jahren gestorben. Er war von 1905 bis 1910 Staatssekretär des Innern und von 1910 bis 1914 Generalgouverneur von Südafrika.

Die englischen Marineausgaben

London, 6. März. Nach dem „Daily Herald“ werden die diesjährigen Marineausgaben um 4 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt; sie werden „nur noch“ 52 Millionen Pfund betragen. Dies sei die niedrigste Zahl seit Beendigung des Krieges.

Das Reparationsabkommen mit Amerika

Washington, 6. März. Präsident Hoover hat dem Konarsh ein Schreiben des Schatzamts überliefert, in dem

die Annahme des deutsch-amerikanischen Reparationsabkommens empfohlen wird.

Das Abkommen steht auf die Dauer von 52 Jahren eine jährliche Reparationszahlung Deutschlands von 40 800 000 Mark an die Vereinigten Staaten vor. Außerdem hat Deutschland auf 37 Jahre 25 300 000 Mark jährlich für die amerikanischen Beschäftigungskosten zu bezahlen.

Ungeklärte Lage in China

London, 6. März. Der Peking-er Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet: Obwohl sich in Schantung und Honan starke Heere feindlich gegenüberstehen, glaubt man im Norden nicht an den Ausbruch von Feindseligkeiten. Die Bankiers und Kaufleute üben einen starken Druck aus, um einen neuen allgemeinen Krieg zu verhindern, und es wird auf eine Einigung zwischen Tschangkaifschek und Penschshan gehofft.

Die Ueberschwemmungen in Südfrankreich

Ueber 300 Tote

Hayas berichtet: In Moissac sind 150 Tote zu verzeichnen, 500 Häuser sind zerstört und 2000 Personen unterstützungsbedürftig. Die Gesamtzahl der Todesopfer soll 300 übersteigen. In Moissac allein dürfte die Zahl der Toten 200 betragen, da noch zahlreiche Leichen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser liegen sollen. Aus Bordeaux sind in Montauban mehrere leichte Motorboote eingetroffen, die die überschwemmten Gebiete durchfahren und Personen, die sich auf Bäume oder Dächer gerettet haben, abholen.

Die Departements Tarn und Garonne sind, obwohl das Wasser weiter sinkt, noch immer von der Umwelt abgeschnitten. In Billebourbon sind mehr als 40 Häuser eingestürzt. Ein Handwerker, der über hundert Personen vom Tod des Ertrinkens gerettet hatte, mußte seinen Heldennut mit dem Leben bezahlen. Ein anderer Handwerker ist gleichfalls bei Rettungsarbeiten ertrunken. Ein beunruhigendes Steigen der Garonne wird aus La Réole gemeldet, wo das Wasser mehr als ein Meter hoch steht. Die Bewohner haben während der Nacht mit der Räumung der Häuser begonnen. Aus anderen Gegenden werden Dammbrüche gemeldet. Die Ortschaft Billemur ist nur noch ein Trümmerhaufen. 130 Häuser sind hier eingestürzt. Die Zahl der dortigen Toten hat noch nicht festgestellt werden können; bis jetzt sind sechs bekannt.

Nach einer Pariser Zeitungsmeldung sollen 700 Menschen ums Leben gekommen sein. Die Zahl dürfte übertrieben sein.

Württemberg

Die Württ. Landwirtschaftskammer zur steuerlichen Ueberlastung der württ. Landwirtschaft

Stuttgart, 6. März. Der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer hat folgende Entschließung gefaßt: Den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik ist zu entnehmen, daß die Landwirtschaft in Württemberg etwa doppelt so hoch mit Steuern belastet ist wie in Preußen, Bayern und Sachsen. Da die Reichssteuern in ganz Deutschland gleich hoch sind, so ist diese Ueberlastung fast ausschließlich auf die zu hohe württ. Grund- und Gebäudesteuer zurückzuführen. Die Steuern in der Landwirtschaft müssen seit Jahren zum großen Teil aus der Vermögenssubstanz bezahlt werden. Die Landwirtschaft trägt insbesondere schwer an den ungeheuren Gemeindefasten der Landgemeinden und kleinen Städte, die sich von Jahr zu Jahr meist zwangsläufig erhöht haben. Ein erheblicher Teil dieser Gemeinden hat über 20 Prozent Gemeindeumlagen. Es ist höchste Zeit, daß diese stark überlasteten Gemeinden entlastet werden. Wir begrüßen daher den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf eines Änderungsgesetzes zur Landessteuerordnung, in dem ein Lastenausgleich zwischen den Gemeinden angestrebt wird. Bedauerlicherweise geht der Entwurf nicht weit genug, um den vorhandenen Mißverhältnissen in ausreichender Weise Rechnung zu tragen. Neben dem Lastenausgleich zwischen den Gemeinden fordert die Landwirtschaftskammer auf Grund der einwandfreien amtlichen Ermittlungen über die Steuerbelastung der Landwirtschaft im Deutschen Reich eine wesentliche alsbaldige Herabsetzung der überspannten landwirtschaftlichen Ertragssteuer.

Die „Steuerfentung“

Der Kabinettsbeschluß hat das Hilferdingische Programm der Einkommensteuerfentung vom Dezember 1929 (350 Mill. M. ab 1. Juli 1930) dahin abgeändert, daß die Ermäßigung erst am 1. April 1931 eintreten soll. Weiter soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, in Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzkommissar ein Programm vorzulegen, das vorsieht, daß der Haushaltplan 1931, soweit die laufenden Ausgaben in Betracht kommen, unter dem Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1930 verbleibt. Das vom Kabinetts beschlossene Gesetz zur Herbeiführung einer Steuerfentung im Jahr 1931 sieht vor, daß mit Wirkung ab 1. April um jährlich mindestens 600 Millionen Mark, verglichen mit dem gegenwärtigen Stand, die Steuern gesenkt werden. Das steuerfreie Existenzminimum der Einkommensteuer, das zurzeit 1200 Mark im Jahr beträgt, soll auf 1440 Mark erhöht werden. Der Einkommensteuertarif wird auseinandergezogen. Im Durchschnitt erfolgt eine Entlastung der Einkommensteuer um 12 1/2 Proz. Die dadurch entstehende Erleichterung der Steuerlast beläuft sich auf 350 Millionen Mark. Beschlüsse über Art und Umfang anderweitiger Steuerfentungen (insbesondere über die Realsteuerfentung) sind noch nicht gefaßt worden. Voraussetzung dafür ist zunächst einmal die Verabschiedung des immer noch unerledigten Steuervereinfachungsgesetzes.

Bezüglich der in Aussicht gestellten Steuerfentung, die gegenüber dem gegenwärtigen Steuerstand 350, gegenüber dem am 1. April d. J. eintretenden Steuerstand 600 Millionen Mark ausmachen soll, wird man noch einige Zweifel hegen dürfen; man hat in dieser Beziehung schon zu viele schlimme Erfahrungen gemacht. Sicher ist bis jetzt nur so viel, daß die Finanzreform mit einer neuen Belastung der Wirtschaft im weiteren Sinn um 475 Millionen begonnen hat. Solche Finanzreformen sind aber das Gegenteil von dem, was man sich unter einer Finanzreform vorgestellt hat.

Die Kabinettsbeschlüsse stellen einen Sieg des Zentrums insofern dar, als nun tatsächlich die Finanzreform gleichzeitig mit den Younggeetzen erledigt wird, und auch einen Sieg der Deutschen Volkspartei insofern, als das „Notopfer“ der Beamten und Angestellten gefallen ist. Freilich ist die Belastung der Industrie und der Bank für die Dawes-Industrie- und Bankkreditreform nichts anderes als ein Notopfer von 50 Millionen, wie auch die neue Steuerbelastung eben im Grund ein Notopfer des ganzen Volks darstellt.

Die neuen Steuergesetze sollen am 1. April d. J. in Kraft treten.

In dem Steuerfentungsprogramm vermischt man ein Eingehen auf die Fragen des Finanzausgleichs, insbesondere auf die Frage der Gemeindesteuern. Es wird aber im ganzen nun alles darauf ankommen, daß die entsprechenden Sicherheiten geschaffen werden. Die Form, wie seinerzeit das Hilferdingische Programm angenommen wurde, darf nicht wiederkehren.

Württembergischer Landtag

Zweite Lesung des Haushaltgesetzes — Youngplan

Stuttgart, 6. März.

Der Landtag trat heute nach sechswöchiger Pause wieder zusammen und befaßte sich, nachdem eine Reihe von Kleinen Anfragen beantwortet worden war, zunächst mit der Eingabe des Vereins der Württ. Lichtspieltheaterbesitzer betr. Aufhebung des Verbots der Kinovorführungen am Landesbühntag. Der Finanzausschuß hatte beschlossen, die Eingabe dem Staatsministerium in dem Sinn zur Erwägung zu übergeben, daß der Versuch gemacht wird, den gesetzlichen Schutz des evangelischen Landesbühntags in der gleichen Art zu ordnen, wie es in Baden geschehen ist, und hierdurch die Eingabe des Evangelischen Volksbunds für erledigt zu erklären. Demgegenüber beantragte in der heutigen Sitzung der Abg. Dr. Ströbel (BB.), an der bis herigen württembergischen Ordnung über die geschützten Tage festzuhalten. Staatspräsident Dr. Holz schlug vor, es bei der bisherigen Regelung zu belassen, denn es sei schwer, festzustellen, was ernste Veranstaltungen sind, und der Landesbühntag könne für die Kinobesitzer keine so große Belastung sein, zumal da für die Karwoche einige Erleichterungen gewährt worden seien. Die Abgg. Klein (BB.), Kling (ChB.), Mergenthaler (NS.) und Kühle (Z.) sprachen sich für den Antrag Dr. Ströbel aus, wobei betont wurde, daß man mit tiefer Sorge die Zunahme der sittlichen Verwilderungen sehe und daß der Landesbühntag dazu bestimmt

sei, zur inneren Einkehr anzuhalten. Die Entwicklung des Lichtspielwesens habe nicht den Weg genommen, der für das Volk wünschenswert wäre. Die Kinoanzeigen seien zum Teil direkt skandalös. Demgegenüber lehnte der Abg. Köhler (Komm.) alle Vorrechte der Kirche ab. Abg. Joh. Fischer (Dem.) meinte, es sei besser, die großen Massen auch am Landesbühntag ins Kino zu lassen, anstatt sie in die Wirtschaften zu verweisen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Dr. Ströbel mit 39 gegen 31 Stimmen (Soz., Komm. und Dem.) angenommen.

Dann begann der Landtag die zweite Beratung des Etats in Verbindung mit den verschiedenen Großen Anfragen zum Youngplan. Abg. Dr. Schumacher warf dem Staatspräsidenten vor, daß er sein Versprechen, im Landtag über die Stellung der württembergischen Regierung zum Youngplan Auskunft zu geben, nicht gehalten habe. Die beiden deutschen Minister hätten sich nicht sehr bemüht, ihre ablehnende Ansicht im Kabinetts durchzusetzen. Das Wirtschaftsministerium sei ohne Bedeutung, der ehrenamtliche politische Staatsrat ein Un Ding. Das Zentrum habe mit 16 von 80 Abgeordneten keinen Anspruch auf eine solch dominierende Stellung in der Regierung. Das umgebildete Kabinetts sei ein wirklicher Bürgerblock. Die demokratische Partei befände sich heute in schlimmster Abhängigkeit von wirtschaftlichen Organisationen und die Einstellung ihres Kampfes gegen den Kabinettsminister sei höchst merkwürdig.

Abg. Mergenthaler (Nat.-Soz.) stellte den Antrag, daß die württ. Regierung im Fall der Annahme des Haager Abkommens (Youngplan) und im Fall der Annahme des polnischen Liquidationsabkommens durch den Reichstag auf Grund von Art. 74 der Reichsverfassung im Reichsrat dagegen Einspruch erheben soll. Die württ. Regierung hätte im Reichsrat dem Youngplan nicht zustimmen, sondern sich wie Bayern der Stimme enthalten sollen.

Die Beratung wird am Freitag nachmittag fortgesetzt.

Stuttgart, 6. März. 80. Geburtstag. Bankier Hermann Keller, bis zum Jahre 1925 Seniorchef des früheren Bankhauses Keller, vollendet am 8. März in körperlicher und geistiger Frische das 80. Lebensjahr. Er hat den Krieg von 1870/71 als Fahnenjunker und Offizier bei den Olga-Grenadieren mitgemacht.

Uchtungsverletzung. Ein Gewerbetreibender aus Senden hatte für die Erteilung der Ausbehnung eines Wander-gewerbescheins an das Oberamt eine Ertragsabgabe von 60 M. zu bezahlen. Er beschwerte sich beim Oberamt in Ehingen a. D. Unter die Beschwerde setzte er die Unterschrift: „Volschewist und Kommunist“. Dafür wurde er nun, wie die „Südd. Arbeiterzeitung“ berichtet, vom Oberamt in eine Polizeistraf von 20 M. bzw. eine Haftstrafe von fünf Tagen genommen, weil er durch diese Unterschrift „die einer Behörde schulbige Achtung verletzte“. Außerdem hat er die durch das Verfahren entstandenen Kosten der Strafvollstreckung aufzubringen.

Antworten auf Kleine Anfragen im Landtag. Das Finanzministerium ist mit der Monopolverwaltung in Verbindung getreten, damit die Frage geprüft wird, ob der inländische Roggenmarkt dadurch entlastet werden kann, daß die Verarbeitung von Mais zu Branntwein zugunsten der Roggenverarbeitung eingeschränkt wird, und ob sich die Reichsmonopolverwaltung zur Abnahme von Branntwein aus Roggen bereit erklären könnte. Anstatt die Grundsteuer herabzusetzen, erscheint es zweckmäßiger und richtiger, der unbestrittenen Notlage der Landwirte, die Hopfen in größerem Umfang anbauen, dadurch Rechnung zu tragen, daß Einzelnachlässe an der Grundsteuer für 1929 nach den dafür bestehenden Grundsätzen gewährt werden. Die Finanzämter werden angewiesen werden, bei der Prüfung der Verhältnisse der Besuchsteller nicht kleinlich zu verfahren.

Der Nachwuchs der Volksschullehrer. Die Regierung hat auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Bauer (VR.) betreffend die Aufnahme begabter Volksschüler vom Land in die Lehrerseminare geantwortet: Es ist richtig, daß der Andrang zu der Aufnahmepflichtung in die Lehrerseminare seit einigen Jahren stark zunimmt und daß die Zahl der Bewerber aus höheren Schulen fast zwei Drittel der Gesamtzahl der Bewerber ausmacht. Allein die Art der Prüfung bietet eine Gewähr dafür, daß die Volksschüler nicht benachteiligt werden, denn die Prüfung ist in erster Linie Befähigungs-, nicht Kennisprüfung; auch wird bei Bewertung der Arbeiten berücksichtigt, ob die Schüler aus der Stadt oder vom Land, ebenso, ob sie aus Volks- oder höheren Schulen kommen. Was sodann das Aufnahmever-

Sein Genius

Eine Künstlergeschichte von Claus Bethen.

22. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Wertwüdig, merkwüdig.“

„Soll ich Ihnen einmal meinen Stammbaum zeigen?“

Ohne eine Antwort abzuwarten, schlüpfte der Alte zu einem Bücherregal und entnimmt diesem eine große Rolle Papier, die er eifrig auf dem Tisch ausbreitet.

„Tun Sie ihm den Gefallen“, flüsterte Ulrike leise, und Gasso setz sich zu dem Alten und hört geduldig dessen lange Erzählung an.

„Es ist so schwer, das alles übersichtlich zusammenzustellen“, klagt Herr von Tapenburg seinem zerstreuten Zuhörer. „Ich wüschte mir sehr eine graphische Zusammenstellung dieses Stammbaums, aber meine alten Augen wollen es nicht mehr tun.“

„Ich will Ihnen einen Vorschlag machen“, meint Gasso gutmütig: „ich habe solche Stammbäume in einer alten Bibliothek in Rom sehr schön nemalt gesehen, mit herrlichen Initialen und allerhand Kunstwerk, wie es die Mönche im Mittelalter zu malen liebten. Soll ich Ihnen einen derartigen herstellen?“

Der Alte klickte ihn einen Moment mißtrauisch an, dann zieht es über sein Gesicht, wie das Lachen eines Kindes: „Ja, ja — ah, das wäre herrlich! Und dann, was verlangen Sie dafür?“

Gasso macht lächelnd eine leicht abwehrende Handbewegung.

„Nada“, flüsterte Ulrike erötend.

„Nur die Erlaubnis, ein Porträt Ihrer Tochter Ulrike zu malen.“

Seine Augen blühen led und doch bittend zu ihr hinüber, die ihm zweifelnd, ungewiß ins Antlitz blickt. Ihr Vater legt sinnend die Finger an die Nase.

„Kann ich das Bild nachher behalten und es in Tapenburg in den Ahnenaal hängen?“

„Vielleicht ja, wenn es uns allen gefällt“, erwiderte Gasso munter lachend. „Also abgemacht! Ich rücke morgen hier mit Stoffelei und Malstod ein“ — er hält erraut inne.

Ulrike hat sich jäh umgewandt und ist ans Fenster getreten.

„Verzeihung, gnädiges Fräulein!“ Eine dunkle Röte steigt ihm bis in die Schläfen: „Ich war etwas dummdreist, als ich Ihre Zustimmung so ohne weiteres voraussetzte.“

Er ist dicht hinter sie getreten, und seltsam weich zum Herzen dringend tönt seine Stimme: „Wollen Sie es einem Künstler versagen, seine eigene Seele wiederzufinden? Wir sprachen gestern abend davon; es ist mein erster Schritt auf neuer Bahn. Haben Sie Mitleid mit mir!“

Sie blickt ihm grübelnd in die dunklen Augen, die so weich zu stehen wissen.

„Ja, ich will es tun“, sagt sie dann ernst.

„Dank, Dank!“ Er tastet nach ihren Rechten und führt deren zitternde Finger an seine Lippen, dann geht er.

„Gah!“ lacht Ulrikens Vater und rollt seinen Stammbaum zusammen. — „Ein netter Mensch, dieser Maler! Einen Stammbaum und ein neues Bild in unsere Ahnenreihe! Glaubst du wirklich, daß er alles umsonst tun wird?“

Ulrike zuck zusammen. Fast will es wie Widerwillen in ihr aufsteigen bei dem Anblick ihres Vaters, aus dessen verkrüppelten Fügen ihr Gabsucht und Geldgier entgegenströmen. Doch rasch bezwingt sie sich; er ist ja ein Kranke!

„Darüber kannst du ruhig sein, Väterchen! Herr Janietta ist so reich, der braucht gar kein Geld!“ Sie verlußt sogar zu lachen, aber am Abend liegt sie lange in den Kissen und die großen blauen Augen wollen sich nicht schließen und starren hinein ins Dunkel der Nacht, als stellen sie eine Frage an die Zukunft.

Gasso kommt am nächsten Tage, um zu malen; und nachdem er mit wenig Worten Ulrike in die ihm zugehende Rose gebracht, hat er schweigend stundenlang gearbeitet mit bastigen Händen und scharfem Auge. Immer und immer wieder muß er grübeln: was ist so schön an ihr? Er sucht den Rauber in den Augen — ähnliche gab es doch viele! dann in der weißen Stirn, im scharfen Winkel zwischen Ober- und Unterlippe, und findet ihn nicht; und doch war er da — er fühlt ihn in den Nerven der Fingerspitzen, im Klopfen des Herzens bei der Arbeit.

In einer kurzen Pause kraut er plötzlich ohne Einleitung: „Warum haben Sie mich damals, Ihren Vater zu besuchen? Ich habe darüber nachgedacht und kann es nicht finden.“

Scharf blickt er bei dieser Frage zu ihr hinüber, — er erwartet, sie würde erröten. Doch nichts von dem. Sie streicht nur langsam einige krause Härchen aus der Stirn.

„Sie sollten nur wissen, daß nicht Sie allein heimtoll sind“, und anstatt daß sie errötet, fühlt er das eigene Blut emporksteigen und senkt den Blick vor jenen Augen. Zerstreut mischt er Weinschwarz und Rinnrober zusammen und weiß nicht, weshalb.

Schweigsam und wortlos verließ eine Sitzung nach der andern, und jeden Morgen, wenn Gasso die lange Rotzdammer Straße hinunterging, hatte er das Gefühl, als wolle er in die Kirche. Er trug sogar schwarze Schlipse, obgleich er diese sonst haßte.

fahren betrifft, so werden die Volksschüler und die höheren Schüler je in eine Reihe gebracht. Aus diesen Reihen werden die Besten aufgenommen, und zwar aus jeder Reihe ungefähr derselbe Hundertsatz. Die Schüler, die aus der 6. Klasse einer höheren Schule kommen, bilden überhaupt keine Konkurrenz für die Volksschüler, da sie bei Bestehen der Prüfung sofort einer zweiten Seminar-Klasse zugewiesen werden, während die Volksschüler in die erste Seminar-Klasse eintreten. Die Einrichtung von Abiturientenkursen, in denen Abiturienten höherer Schulen in einjährigem Lehrgang zu Volksschullehrern ausgebildet wurden, ist eine Notmaßnahme, um einem kommenden Lehrermangel abzuwehren. Schließlich ist noch zu bemerken, daß auch viele der Bewerber aus höheren Schulen heute von Landorten stammen.

Der Gemeindefest zum Finanz- und Cassenausgleich. Der Gesamtvorstand des Würt. Gemeindefests hat in seiner am 5. März abgehaltenen Sitzung zu der in der Öffentlichkeit an dem Entwurf zur Aenderung der Landessteuerordnung und des Gemeindefestgesetzes geübten Kritik Stellung genommen und Regierung und Landtag ersucht, an dem vorliegenden Entwurf festzuhalten.

Der zweigleisige Ausbau der Nord-Südlinie. Auf eine Kleine Anfrage des Abg. Hartmann (DVP.) hat die Reichsbahndirektion Stuttgart geantwortet, das die Bauarbeiten für das 2. Gleis Horb—Rottweil schon seit Kriegsende im Gange sind. Auf der Strecke Horb—Neckarhausen ist das 2. Gleis im Jahr 1928 fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. In der Folgezeit erstreckten sich die Bauarbeiten allerdings weniger auf die freie Strecke, als vielmehr auf die Bahnhöfe Horb, Sulz, Oberndorf und Rottweil, die für die Bedürfnisse des zweigleisigen Betriebs umgebaut und erweitert werden müssen. Die im Gange befindlichen Bauarbeiten werden im Geschäftsjahr 1930 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel weitergeführt werden. Die Unternehmer sind angewiesen, ihren Bedarf an Arbeitskräften bei den zuständigen Arbeitsämtern anzufordern.

Das Dirnen- und Zuhälterwesen. Auf eine Kleine Anfrage der Abg. Bausch und Gen. (EVD.) gegen die Zunahme des Dirnen- und Zuhälterwesens in Stuttgart wurde von der Regierung geantwortet, daß die in der Kleinen Anfrage erwähnten Mißstände nicht zu bestreiten sind. Sie hängen mit der bekannnten Aenderung des Strafgesetzbuchs durch das Gesetz vom 18. Februar 1927 zusammen, wonach die Kafernierung der Dirnen verboten und die gewerbmäßige Unzucht als solche nicht mehr unter Strafe gestellt ist. Obwohl die neuen Strafvorschriften ein wirksames Vorgehen der Polizei sehr erschweren, ist diese doch bemüht, mit den ihr noch zur Verfügung stehenden Mitteln den so immensen Auswüchsen entgegenzutreten. Soweit keine Verlegung von Strafgesetzen in Frage kommt, insbesondere, soweit gefehlliche Unterlagen bestehen, wird je nach Lage des Falls auf gesundheits-, fremden- und gewerbepolizeilichen Weg vorgegangen. Außerdem wird geprüft werden, inwiefern bei geeignetem Anlaß auf eine Aenderung der reichsgerichtlichen Vorschriften hinzuwirken ist.

Obstbauvorträge. Die Ortsgruppe Groß-Stuttgart des Würt. Obstbauvereins hat unter Leitung ihres Vorsitzenden, Karl Kemshardt, ihr diesjähriges Arbeitsprogramm mit vier Vorträgen im „Charlottenhof“ eröffnet. Es sprach der Obstbauinspektor Schaal über „Die Frühjahrsarbeiten im Kleingartenbau“, Obstbauinspektor Spindler über „Späterschnitt und Kronenaufbau der jungen Bäume“, des weiteren auch über die Pflege der älteren Bäume, sowie über „Schadlingsbekämpfung“. Zum Schluß sprach Obstbauinspektor Schaal noch über die „Obstbaumdüngung“. Am 1. März finden drei praktische Unterweisungen in den Vereinsgärten statt.

Beläge zur Anschaffung von Baumspritzen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat der Würt. Landwirtschaftskammer auf ihren Antrag Mittel für Beläge zur Anschaffung von Motor- und Karrenspritzen zur Bekämpfung der Obstschadlinge zur Verfügung gestellt. Als Empfänger kommen in erster Linie Gemeinden, Obstbauvereine und evtl. größere Obstbauern in Betracht. Die Anträge sind bis spätestens 25. März bei der Würt. Landwirtschaftskammer, Stuttgart, eingureichen.

Aus dem Lande

Eßlingen, 6. März. Todesfall. Gestern verschied nach längerem Leiden Fabrikant Robert Furch, Geschäftsführer der Firma Merkel u. Klein GmbH., Kammergarnspinnerei hier, im Alter von 75 Jahren.

Beßigheim, 6. März. Ein mit zwei Jahren ausgelegtes Kind als Neunzehnjähriger gefunden. Wie der Rektor- und Ehepaar berichtet, wurde am 21. August 1911 in Botnang geborene Franz Stefzer im Jahr 1913 als vermisst gemeldet. Nun, nach 17 Jahren, konnte festgestellt werden, daß im Jahr 1913 hier ein zweijähriges Kind auf der Hausstaffel der Edelmannschen Familie in Beßigheim gefunden worden sei. Der Kleine konnte seinen Namen nicht sagen, und die Anmeldung damals auf dem hiesigen Rathaus führte zu keiner Ermittlung der Herkunft des Jungen. So kam dieser in Pflegeerziehung nach Glosheim O. Ludwigsburg zu einer Familie Heger, deren Name er heute trägt. Der feinerzeit ausgesetzte Zweijährige ist nun als Neunzehnjähriger einwandfrei als der Franz Stefzer ermittelt worden.

Vaihingen a. E., 6. März. Zwei Autodiebe verhaftet. Nachmittags ist es gelungen, zwei Autodiebe zu verhaften. Die zwei gut gekleideten jungen Leute hatten ein Auto am 3. März an der Stadthalle in Mainz gestohlen.

Heilbronn, 6. März. Verurteilter Einbrecher. Vor dem Schöffengericht in Heilbronn wurde der Einbrecher Tonsaß, der in der Nacht vom 3. auf 4. Januar zwei Einbrüche in Walheim verübt hatte, im Rückfall zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Aburteilung für sechs weitere Straftaten hat er in Mannheim zu erwarten.

Bad Mergentheim, 6. März. Besuch von Herzog Albrecht. Herzog Albrecht von Württemberg ist heute vormittags zu längerem Kurgebrauch in Bad Mergentheim angekommen und hat in der Kuranstalt Hohenshohe Wohnung genommen.

Göppingen, 6. März. Todesfall. Rektor Scherrmann, geboren am 3. November 1865 in Altheim O. Horb, seit 1904 an der hiesigen katholischen Volksschule und seit einigen Jahren als Rektor hier tätig, ist am Mittwoch hier gestorben.

Ravensburg, 6. März. Hofbauer legt wieder Revision ein. Der berüchtigte Andreas Hofbauer aus Bayern, der vom Schwurgericht Ravensburg am 21. Februar wegen Totschlags zu 8 Jahren Gefängnis und An-

fang Januar d. J. vom Schwurgericht Reutlingen wegen eines gleichen Vergehens zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hat gegen das Reutlinger, sowie gegen das Urteil von Ravensburg Berufung eingelegt.

Von der bayerischen Grenze, 6. März. Verhaftet. Brandunglück. Der 16jährige Joseph Reichle aus Klein bei Oberndorf (Schwaben) war mit Sandwerfen beschäftigt, als sich ein größeres Stück Erdbreich löste und den jungen Menschen verschüttete. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. — In Kennertshofen überscherte ein Brand die Anwesen des Tagelöhners Franz Hummbauer und des Tagelöhners Friedl vollständig ein. Friedl, Vater von vier Kindern, ist schon längere Zeit erwerbslos. — Der Schuhmacher Dressel in Wöhringen, dessen Haus vor kurzem einem Brand zum Opfer fiel, mußte die Wahrnehmung machen, daß ihm nach dem Brand aus der Ladentasse 220 Mark fehlten.

Nögingen O. Kirchheim u. T., 6. März. Brand. Vorgeiern am Abend brach in dem Anwesen des Bauern Gottlob Bosh ein Brand aus, dem das Wohnhaus und die Scheuer zum Opfer fielen. Das Vieh konnte gerettet werden, die Fahrnis zum Teil.

Nagold, 6. März. Instandsetzung einer Burg ruine. Das staatliche Fortifikationsamt Nagold will in nächster Zeit die Burg ruine Hohenagold wieder instandsetzen, die Mauern ausbessern, die Abschränkungen erneuern, den Turniergarten verbessern u. a.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Schneefall im Riesengebirge. In der Nacht zum Donnerstag ist im Riesengebirge Schneefall eingetreten, der im Hochgebirge bei 8 Grad Kälte zur Zeit noch anhält. Im Gebirge sind etwa 10 Zentimeter Neuschnee gefallen. Auch im Tal schneit es zeitweise.

100 Landjäger in 10 Jahren getötet. Der Verband der preussischen Landjägerbeamten gibt in seinem Jahresbericht bekannt, daß im Jahr 1929 in Preußen drei Landjäger durch Verbrecher ihr Leben einbüßten und 35 mehr oder minder schwer verletzt wurden. Seit Januar 1919 bis Ende 1929 sind in Preußen 100 Landjäger getötet, 50 tödlich und 815 sonst verletzt worden, so daß sie zum Teil dienstunfähig wurden.

Selbstmord eines fürstlichen Vermögensverwalters. Der Verwalter des fürstlich Wittgensteinschen Besitzes in Berleburg (Westf.), Kammerdirektor Dr. Leitner, hat in seiner Villa seine Frau mit deren Einverständnis und sich selbst erschossen. Schon am Nachmittag vor der Tat hatte Leitner das Dienstmädchen beurteilt, auch die ausstehenden Rechnungen bezahlt.

Brand. In Günzgen bei Waldshut wurde nachts das Anwesen des Zimmermanns Theodor Böhrer, bestehend aus Oekonomiegebäude und Wohnhaus, durch Feuer vollständig zerstört. Außer dem gesamten Mobiliar und Immobiliar sind 9 Stück Großvieh, 6 Schweine, Hühner, sowie große Heu- und Strohvorräte verbrannt. Man vermutet Brandstiftung.

Mit einem Krug totesgeschlagen. In Lampertheim (Baden) gerieten in einer Wirtschaft der 61jährige verb. Stromminger und zwei weitere Gäste mit dem 24 J. a. Jakob Bösch in Streitigkeiten über Gewerkschaftsfragen. Es kam zu Tätlichkeiten, wobei Bösch mit einem Steinwurf auf Stromminger einschlug. Dieser wurde so unglücklich getroffen, daß er sofort starb.

Raubmörder festgenommen. In Mühlheim (Baden) wurde in der Wandererherberge der 26 Jahre alte Arbeiter Schmutz aus Oesterreich von der Fahndungspolizei festgenommen. Er wird beschuldigt, im November vergangenen Jahres in Battringen (Luxemburg) eine 65 Jahre alte Frau ermordet und ausgeraubt zu haben, ferner an einem jungen Dienstmädchen einen Mordversuch verübt zu haben.

Großfeuer in Berlin. Auf dem Güterbahnhof Westend in Berlin entstand kurz nach Mitternacht ein Feuer, das an den dort vorhandenen Holzplätzen, Kohlenlagern, Garagen, und Wohnbaracken reichliche Nahrung fand und sich über ein Gelände von rund 2500 Quadratmetern ausdehnte. Nach angestrengter Arbeit gelang es, den Brand gegen 2 Uhr nachts einzudämmen.

Raubüberfall auf einen Geldtransport. Ein Lohngeldtransport zwischen den Zechen Wilhelmshacht 2 und Wilhelmshacht 3 bei Zwidau in Sachsen ist nachts 10 Uhr von drei bewaffneten Räubern überfallen worden. Einer der Begleiter erhielt einen schweren Bauchschuß, ein anderer einen Steckschuß in den linken Oberschenkel und dem dritten wurde der linke Fuß durchschossen. Einer der Verletzten legte sich mit dem Stock zur Wehr. Als sein Gegner einen wichtigen Hieb auf den Kopf erhielt, ergriff er mit den anderen Räubern die Flucht. Trotz seiner Verletzung nahm einer der Begleiter die Verfolgung auf, was zur Folge hatte, daß der Räuber die Kiste mit dem Geld, die er an sich gerissen hatte, wieder wegworf.

Eine Rekord der Kraftwagendiebstähle. In den Tagen vom 3. bis 5. März wurden in Köln 21 Kraftwagen und 6 Motorräder gestohlen. 15 Wagen und 4 Räder sind wieder beigebracht. Die Diebe sind meist junge Burken.

Weitere Sondenbrände in Moreni. Im Erdölgebiet in Moreni (Rumänien), wo der schon seit Monaten herrschende Sondenbrand noch immer nicht gelöscht werden konnte, gerieten vier weitere Sonden dadurch in Brand, daß die Rohölleitung in der Nähe der Kesselanlage platzte. Die in nächster Nähe liegende Sonde wurde zunächst vom Feuer ergriffen. Durch die Explosion der entweichenden Gase gerieten dann auch drei weitere Sonden in Brand. Die Flammen griffen weiter auf vier Rohölbehälter über, in denen 60 Eisenbahnwagen Rohöl enthalten waren. Die ganze Gegend bildet ein Flammenmeer, dem man sich wegen der Hitze nicht nähern kann. Die Löscharbeiten sind äußerst erschwert.

Opfer der Pflanzforschungs. In Neuyork sind drei Frauen, die als Mitglieder des Forschungsinstituts des Gesundheitsministeriums seit mehreren Wochen die Papageienkrankheit studieren, ihr selbst zum Opfer gefallen und liegen bedenklich darnieder.

Die Rechnungsergebnisse in der Sozialversicherung 1928/29. In der Krankenversicherung waren rund 22 Millionen versichert. Die Zahl der Versicherungsträger betrug 7426. Die Beitragseinnahmen sind von 82,5 auf 92,6 A pro Kopf gestiegen, also um 12 Proz. Die Ausgaben belaufen sich auf 1,886 Milliarden Mark. Entschädigt wurden 281,1 Millionen Krankheitsstage. In der Unfallversicherung belief sich der Gesamtaufwand auf rund 872 Millionen Mk.,

hievon entfielen auf Entschädigungen an die Versicherten 810 Millionen Mark. Die gemeldeten Unfälle belaufen sich auf 1 429 000. Invalidenversicherung: Am Ende des Jahres 1928 liefen insgesamt 3 095 849 Renten, und zwar 1 888 136 Invalidenrenten, 21 662 Krankenrenten, 58 551 Altersrenten, 389 302 Witwenrenten, 2482 Witwenkrankenrenten und 735 716 Waisenrenten. Die Zahl der Versicherten beträgt rund 18 Millionen. Die Leistungen der Versicherungsanstalten betragen 1065,7 Millionen Mark. Am 31. Dezember 1928 liefen in der Angestelltenversicherung 72 751 Ruhegelder mit 10 245 Kinderzulüssen und 30 513 Waisenrenten. Der Gesamtaufwand für die Rentenleistungen, Abfindungen und Beitragserstattungen betrug im Jahr 1928 10,5 Millionen Mark. Die Gesamtbeitragseinnahme betrug fast 317 Millionen Mark. Die Zahl der Versicherten betrug Ende 1928 rund 3,3 Millionen. Nach dem Jahresbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. Dezember 1928 wurden in der Arbeitslosenversicherung 1 702 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zahl der Versicherten betrug im Monat durchschnittlich 15 934 974. Die Einnahmen aus Beiträgen der Versicherten belaufen sich insgesamt auf 823 739 910 A. Versicherung wurden rund 942 Mill. Mk.

Eine Krüppelzählung im Deutschen Reich. Nach einer Zählung der Gebrechlichen im Deutschen Reich, wobei das Saargebiet nicht berücksichtigt ist, und auch nicht Württemberg, weil hier die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind, wurden im ganzen Deutschen Reich 677 808 Gebrechliche ermittelt, das sind 113,3 auf 10 000 Einwohner, und zwar waren es 430 639 männliche und 247 169 weibliche Gebrechliche. Von diesen waren blind 18 242 Männer und 13 318 Frauen. Von den körperlich Gebrechlichen stellten die Männer 292 125, die Frauen 117 082. Von den geistig Gebrechlichen waren es 110 316 Männer und 107 072 Frauen. Durch den Krieg hatten sich ihr Gebrechen zugezogen: 2411 Blinde, 833 Taubstumme, 132 930 körperlich und 6303 geistig Gebrechliche. Auf 10 000 Einwohner kommen 5,3 Blinde, 7,1 Taubstumme, 37,9 körperlich und 34,7 geistig Gebrechliche. Die Zahl der Vermissten, die mit Blindheit und Taubstummheit bzw. mit mehrfachen Gebrechen geschlagen sind, betrug im Deutschen Reich 22 517. Auf je 10 000 Angehörige der einzelnen Religionsbekenntnisse entfielen bei Blindheit 5,5 Evangelische, 4,6 Katholiken und 6,3 Israeliten; bei Taubstummheit 5,4 Evangelische, 4,6 Katholiken und 8,3 Israeliten; bei geistigen Gebrechen 35,8 Evangelische, 37,8 Katholiken und 48,6 Israeliten. Der große Anteil der Israeliten an den geistigen Gebrechen, Blindheit und Taubstummheit wird auf die starke Inzucht bei den jüdischen Ehen zurückgeführt. Von den männlichen Gebrechlichen waren mehr als die Hälfte (51,6 v. H.), von den weiblichen dagegen weniger als ein Fünftel (18,3 v. H.) verheiratet. Bei den geistig Gebrechlichen überwiegen die ledigen am stärksten.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 6. März. 4,1865 G., 4,1945 B. D. Abl.-Anl. 51. D. Abl.-Anl. ohne Ausl. 8,30.

Berliner Geldmarkt, 6. März. Tagesgeld 6,5—8,5 v. H., Monatsgeld 6,75—8,5 v. H.

Privatdiskont 5,375 v. H. kurz und lang.

Die Bank von England hat den Wechseldiskontsatz von 4 1/2 auf 4 Prozent herabgesetzt.

Die schwedische Reichsbank setzte den Diskont von 4 1/2 auf 4 Prozent herab.

Die dänische Nationalbank setzt ab 7. d. M. ihre Diskontsätze von 5 auf 4 1/2 Proz. herab.

Kirchliche Auslandsanleihe. Das Marienhospital in Düsseldorf hat bei einer holländischen Bank eine 7proz. Anleihe von 1,2 Mill. holl. Gulden (2,016 Mill. Mk.) zum Ausgabetermin von 90 v. H. aufgenommen.

Auslandsanleihen — Richtlinien verlängert. Die Geltungsdauer der Richtlinien über die Aufnahme von Auslandsanleihen durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ist bis zum 30. April 1930 und, falls bis zu diesem Tag der Reichshaushalt 1930 nicht verabschiedet ist, bis zum 31. Mai 1930 verlängert worden. Danach soll, wie wir schon mitgeteilt haben, eine Neuregelung erfolgen, nach der außer den Auslandsanleihen auch die Inlandsanleihen und die Anleihen der gemischtwirtschaftlichen Betriebe beratungspflichtig werden, und zwar soll für die Gemeindeanleihen die Anleiheprüfung gesetzlich festgelegt werden, während sie für die Länderanleihen wie bisher auf freiwillige Vereinbarung beruhen soll. Die Beratungsstelle wird aber nach den schon zu einem Gesetzentwurf gediehenen Plänen nicht mehr die Produktivität prüfen, sondern nur auf Grund der Anleihebedingungen und der Gesamtverschuldung entscheiden.

Reichsmittelkredit für den Kleinwohnungsbau. Der Reichsfinanzminister hat den Grundzinsfuß für die Kredite auf Grund des Gesetzes über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbau mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres an von 8 v. H. auf 7 v. H. herabgesetzt. Der neue Zinsfuß gilt jedoch nur für diejenigen Darlehensfälle, bei denen ein Grundzinsfuß von 8 v. H. zugrunde gelegt worden ist. Wegen etwaiger Herabsetzung der Zuschlagzinsen schweben zur Zeit Verhandlungen.

Großhandelsmehrwert im Monatsdurchschnitt Februar ist von 132,3 im Vormonat auf 129,3 oder um 2,3 Proz. gesunken. Die Mehrzahl für die Hauptgruppen stellen sich für Agrarstoffe auf 116,0 (Januar 121,8), für industrielle Rohstoffe und Halbwaren auf 126,7 (128,8) und für industrielle Fertigwaren auf 154,6 (156,0).

Englisch-japanischer Wettbewerb auf dem indischen Textilmarkt. Die Londoner „Times“ meldet aus Tokio: Hier arbeitet man lebhaft gegen den geplanten Baumwolltarif. Eine Abordnung von Mitgliedern des Miniseito (Regierungspartei), die der japanischen Baumwollindustrie nahesteht, ersuchte den Minister des Äußeren, Baron Shidehara, bei der britischen Regierung Widerspruch zu erheben, da die beabsichtigte Vorzugsbehandlung britischer Waren in Indien einen Verstoß bedeute gegen den englisch-japanischen Handelsvertrag.

Radiumfunde in Rußland? In der Nähe von Belaterinburg soll Radium in erheblicher Menge gefunden worden sein.

Postfachverkehr in Württemberg im Februar 1930. Zahl der Postfachstunden Ende Februar 39 544, Zunahme gegen Januar um 142. Von dem Umsatz (460 Mill. Mk.) sind 354 Mill. Mk. bargeldlos begeben worden. Im Nebenverkehrverkehr mit dem Ausland wurden 1 055 000 Mk. umgesetzt.

Biberach, 6. März. Zweigniederlassung der D. D. Bank. Die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft hat die Geschäftsräume des Bankhauses Radbauer u. Co. gemietet und wird hier voraussichtlich bis Mitte März eine Zweigniederlassung (Zahlstelle über Ulmer Filiale) eröffnen.

Die Zahlungen haben eingestellt: Kaufhaus S. A. Israel u. Co. G. m. b. H. in Saarbrücken, die Pelzwarenfirma C. H. Rodoff und B. Schneebalg u. Söhne in Leipzig (Schulden je 200 000 Mk.), die Pelzwarenfirma Müller u. Fuchs

in Leipzig (Schulden 400 000 Mk.), die Pelzwarenfirma Hermann Welsch in Leipzig (mit bedeutenden Verbindlichkeiten, infolge großer Verluste bei der Raiffänder Pelzwarenfirma Marjo Fortuna), die Betriebsgesellschaft m. b. H. Wächterin des Kristallpalastes und der Künstlerpiele, in Leipzig.

Anfechtung des Jundholzmonopols. Der Verein Altonaer Kolonialwarenhändler hat beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage erhoben, weil sich seine Mitglieder durch das vom Reichstag beschlossene Jundholzmonopol benachteiligt fühlen. Die Klage stützt sich auf Artikel 109 der Reichsverfassung, der besagt, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien. Dadurch, daß den Konsumvereinen durch das Jundholzmonopol eine Reihe von Vorrechten zugewandt worden sind, glaubt der Verein, die Klage durchzuführen zu können.

Der Benzinzoll. Um dem Benzinzoll nicht den Charakter eines Schutzzolls für die deutsche Benzinfabrikation zu geben, sondern ihn als reinen Finanzzoll zu kennzeichnen, soll nach dem B.T. gleichzeitig eine Steuer auf das das im Inland hergestellte Benzin und Benzol gelegt werden. Benzol war übrigens bisher zollfrei.

Türkische Maßnahmen gegen Spekulation. Die türkische Regierung hat alle Verwaltungsbehörden und die gewerblichen Niederlassungen von 45 Gewerbebezirken aufgefordert, ihre Depots aus den Banken zurückzuführen, um jeder Spekulation vorzubeugen. Bei dieser Gelegenheit werden die Gerichte über ein Moratorium nochmals nachdrücklich demontiert.

Polnische Schiffskaufe. Drei große Dampfer sind von der polnischen Regierung von der Baltic American Line, einer dänischen Schiffsahrtsgesellschaft, künstlich erworben worden. Es handelt sich um die „Polonia“ von 15 000 T. und um die beiden 12 000 T. Schiffe „Estonia“ und „Lithuania“. Die Baltic American Line ist gleichzeitig in eine polnisch-dänische Gesellschaft mit Sitz in Odingen umgewandelt worden. Die neuen polnischen Schiffe werden zwischen Odingen und Neuenort verkehren und sollen in der Hauptsache zum Transport polnischer Auswanderer dienen.

Ueber 55 000 Arbeitslose in Hamburg. Nach Mitteilung der staatlichen Pressestelle sind zurzeit über 55 000 Personen in Hamburg arbeitslos, wobei diese Entwicklung nachteilig durch den starken Zuzug aus dem Binnenland beeinflusst wird. Deshalb haben die Behörden in Uebereinstimmung mit den Hamburger Wirtschaftskreisen sich grundsätzlich gegen die Einstellung von von auswärts kommenden Arbeitsuchenden ausgesprochen.

Die Kapitalverkehrssteuern erbrachten im Januar ds. Js. nur 9,63 Mill. gegen 13,88 Mill. RM i. V.; davon entfielen 4,68 (8,24) Mill. auf Gesellschaftsteuer, auf Wertpapiersteuer 2,07 (1,46) und auf Börsenumsatzsteuer 2,28 (4,18) Mill. RM. Von April 1929 bis Januar 1930 betrug die Steuererlösnahme aus Kapitalverkehrssteuern 77,72 gegen 115,53 Mill. RM. In der gleichen Zeit des vorjährigen Eisjahres; davon erbrachte die Gesellschaftsteuer 38,71 (60,14) Mill., die Wertpapiersteuer 13,20 (12,65) Mill. und die Börsenumsatzsteuer 25,82 (42,72) Mill. RM.

Sprechende Zahlen. Augenblicklich geht von den 3 Mill. Beschäftigten, die im Monat in Deutschland präsentiert werden, ein Drittel zu Protest, das sind pro Tag rund 33 000. Zahlungsbefehle ergehen fast jeden Tag etwa 90 000. Von den 35 000 Pfändungen, die jeden Tag erfolgen, ist ebenfalls ein Drittel ergebnislos. Infolge der Ergebnislosigkeit der Pfändungen wird täglich 8—10 000 mal ein Offenbarungseid geschworen, davon entfallen 500—700 auf Berlin.

Die Heberzeugung von Erdöl. Die englisch-holländische Royal Dutch Shell-Gruppe unternimmt Schritte zur Durchführung eines internationalen Verteilungsprogramms für Erdölverkauf auf dem Weltmarkt. Sie soll angeblich bereit sein, ihre Erdölproduktion in Venezuela im gleichen Verhältnis einzuschränken, wie es die Vereinigten Staaten tun sollen.

Die Neugorfer Standard Delagengesellschaft hat im Konkurrenzkampf gegen das Cindigen der Cealtem Delagengesellschaft, die zum Royal Dutch Shell-Konzern gehört, in den Atlantischen Markt ihre Gasolinpreise herabgesetzt.

Einstellung der Silberausfuhr der Russischen Staatsbank. Die Russische Staatsbank hat infolge des Preisrückganges auf dem Silbermarkt die Ausfuhr des Metalls eingestellt und eine Menge von 4000 Kg. Silber, die längst bereits zur Ausfuhr auf den Weg gebracht worden war, zurückgehalten. Eine Anzahl von Verträgen über Silberlieferungen des russischen Staates an ausländische Firmen ist rückgängig gemacht worden.

Das strenge Devisengesetz in der Türkei. Das am 27. Februar in Kraft getretene türkische Devisengesetz verbietet alle Termingeschäfte, die Ein- und Ausfuhr von Wertpapieren, beschränkt die Einfuhr im allgemeinen, schreibt eine scharfe Devisenzuteilung vor und entzieht den Privatpersonen ihre Verfügung über ihre angelegten Devisen Guthaben. Das Gesetz richtet sich namentlich gegen die ausländischen Spekulanten in der Türkei.

Devisenüberwachung auch in Persien. Wie die Türkei, so hat nun auch die persische Regierung zum Schutz der persischen Währung die staatliche Überwachung des Devisenhandels in ganz Persien angeordnet. Die Einfuhr von Silber ist schon seit einiger Zeit verboten. — Die Maßnahme schränkt die Belugnisse der britischen Imperial Bank of Persia wesentlich ein. Obwohl die Entwertung des Silbers und daher der persischen Währungseinheit, das „Kron“ dem Lande großen Wirtschaftsschaden (der britischen Bank aber großen Spekulationsgewinn) gebracht hat, wird der Regierung auf diese Weise die Möglichkeit geboten, die Konzeptionsrechte der Imperial Bank zu umgehen und der eigenen vor einigen Jahren errichteten Persischen Rationalbank größere Befugnisse, darunter wohl auch die einer Devisenüberwachungsstelle, einzuräumen.

Heute und die folgenden Tage:

Das große Filmwerk Die Arche Noah

in den LINDEN-LICHTSPIELEN

Stadtlangelei von Singen. Durch Vermittlung der Eisen- und Stahlwerk A. G. vorm. Georg Fischer in Singen hat die Stadt ein 7proz. Darlehen von einer Million RM. bei voller Auszahlung erhalten. Die Maggi-Werte haben ihrerseits ein Darlehen von einer Million zu ähnlichen Bedingungen zugesagt. Die Anleihen sollten zur Ablösung demnächst fälliger kurzfristiger städtischer Anleihen dienen.

Beamtenzentralbank bei der D.D.-Bank. Der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund als Großaktionär der Deutschen Beamtenzentralbank hat sich nun doch entschlossen, dem Anschluß an die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft zuzustimmen. Die alte Zentralbank soll aufgelöst und unter Mitwirkung des Beamtenwirtschaftsbunds, des Deutschen Beamtenbunds und der D.D.-Bank eine neue Gesellschaft unter der gleichen Firma gegründet werden. Das Kapital des neuen Unternehmens werde 500 000 bis 600 000 Reichsmark betragen, während die alte Zentralbank 1,2 Millionen Mark voll und 1,2 Millionen Mark zu 25 Proz. eingezahlte Aktien hatte.

Die Neugorfer Börsenhausse wieder in Blüte. Das Wiederhochziehen der Börsenkurse in Neugor, das schon bald nach der großen Krach im November eingeleitet hatte, setzt sich fort. So ist nach der Mitteilung des Börsenvorstands der Kurswert sämtlicher zum Börsenhandel zugelassener Wertpapiere im Januar um 64 708 auf 60 008 Millionen, also um 4300 Mill. Dollar gestiegen. Das Hochziehen geht eine Zeitlang so fort, bis die Spekulation es wieder für angebracht hält, einen größeren oder kleineren Krach in Szene zu legen.

Stuttgarter Börse, 6. Febr. Es hatte vorbarsich den Anschein, als ob die Stimmung an der Börse heute fest würde, jedoch trat gleich zu Beginn eine unsichere Stimmung zu Tage und die Kurse wurden schwächer.

Württembergische Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.
Berliner Getreidepreise, 6. März. Weizen märz. 23—28,30, Roggen 15,60—16, Braugerste 16—17, Futter- und Industrieernte 14—15, Hafer 12,10—13,10, Mais 14,50, Weizenmehl 27,50 bis 34,50, Roggenmehl 20,75—24, Weizenkeie 8—8,50, Roggenkeie 7,25—7,75.

Wärtl. Edelmetallpreise, 6. März. Feinsilber Grundpreis: 87,90, die in Körnern: 56,90 G., 57,90 B. Feingold: 2400 G., 2814 B., Ausfuhrplatin 633 G., 7,85 B.

Bremen, 6. März Baumwolle Middl. Univ. Stand. Info: 16,21.

Märkte

Viehpreise. Winnenden: Ein Ochse von 840 Kg. 830, 692 Kg. 830, 692 Kg. 700, ein Stier 548 Kg. 590, Rülhe 200—500, Kälbinnen 480—650, Jungkühe 250—450 Mk. Handel und Verkauf gut. — **Craßheim:** Stiere 406—500, Rülhe 234—550, Rinder 168—480. — **Laupheim:** Rülhe und Boshen 250—400, Kälbinnen 450 bis 600, Rülhe 680—700, Ochsen und Stiere 700, Farren 900. — **Reutlingen:** Ochsen 500—800, Rülhe 350—725, Kälbinnen 420 bis 700, Rinder 200—450. — **Sindelfingen:** Jungvieh 180—320, Kälbinnen 500—620 Mk.

Schweinepreise. Winnenden: Milchschweine 40—55, Käufer 80—100. — **Weidensfeld:** Milchschweine 40—50. — **Biberach:** Käufer 150—200, Milchschweine 45—70. — **Bühlertann:** Milchschweine 42—58. — **Laupheim:** Milchschweine 45—55, Käufer 80—90. — **Niederstetten:** Milchschweine 45—52. — **Reutlingen:** Milchschweine 45—60, Käufer 70—90. — **Sindelfingen:** Milchschweine 60—67, Käufer 75. — **Wangen i. A.:** Ferkel 42—55 Mk.

Fruchtpreise. Winnenden: Weizen 12,60—12,90, Saatweizen 13, Haber 7,50—7,80, Saathaber 9—10, Dinkel 9,25—9,50, Roggen 9,80—10,40, Gerste 9,70—10,50, Saatgerste 11,50—12,50 A. d. Jir. — **Biberach:** Saatweizen 12,50—12,70, Weizen 12,30, Roggen 9, Gerste 8—8,50, Kernen 12,50—12,80, Besen 8,50—8,90. — **Wangen i. A.:** Haber 8,20—9, Gerste 9,80—10,20, Weizen 12,80—13,20.

Stuttgarter Schlachthofmarkt vom 6. März. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren angetrieben: 6 Ochsen, 1 Bulle, 10 Jungkühe, 50 Jungkühe, 1 Kuh, 182 Kälber, 344 Schweine. Davon blieben unverkauft: 5 Jungkühe, 25 Jungkühe. Verkauf des Marktes: Großvieh schleppend, Ueberstand, Kälber lebhaft, Schweine mäßig belebt.

Ochsen:	6. 3.	4. 3.	Kälber:	6. 3.	4. 3.
ausgemästet	—	60—62	feilschig	—	24—30
vollfeilschig	—	45—48	gering gemästet	—	18—23
feilschig	—	—	Kühe:	—	—
Bullen:	—	—	feinste Mast- und beste Saughälber	82—85	81—83
ausgemästet	49—51	50—52	mittl. Mast- und gute Saughälber	74—80	74—79
vollfeilschig	45—49	46—49	geringe Kälber	—	65—72
feilschig	—	—	Schweine:	—	—
Jungkühe:	—	—	über 300 Pfd.	78—80	77—78
ausgemästet	52—54	53—55	240—300 Pfd.	78—80	78—79
vollfeilschig	46—50	47—50	200—240 Pfd.	77—79	75—78
feilschig	44—45	44—46	100—200 Pfd.	76—77	73—76
gering gemästet	—	—	120—160 Pfd.	—	70—73
Kälber:	—	—	unter 120 Pfd.	—	70—73
ausgemästet	—	40—46	Zauen	—	—
vollfeilschig	—	32—38		62—68	62—70

Zuchtviehmarkt in Bretten, 5. März. Angetrieben wurden 4 Stiere, 7 gemästete Ochsen, 111 Kühe einschl. Kälbinnen, 118 Kühe, 33 Kälber und 12 Pferde. Es folgten: Stiere 300 bis 390, Milchkühe 300—450, Zuchtkühe 500—680, Kühe einschl. Kälbinnen 300—500, Jungkühe 200—300 RM. Kälber Lebendgewicht Pfund 70—80 Pfd. Tendenz des Marktes: mittelmäßig.

Weinversteigerung der Winzergenossenschaft Weinsberg. Die Versteigerung der Winzergenossenschaft war verhältnismäßig gut besucht. Geboten wurden für Weiß mit Riesling 70 A, Riesling (gezuckert) 75 A, Riesling (Natur) kein Gebot, Trollinger 92 A je Hektoliter. In Weiß mit Riesling wurden alle 45 Hektoliter verkauft, von den 200 Hektoliter gezuckertem Riesling etwa 30 Hl., von den 185 Hl. Trollinger die Hälfte. Alle Weine waren 1929er.

Das Wetter

Hochdruck, dessen Kern über Frankreich liegt, beherrscht die Wetterlage und läßt für Samstag und Sonntag immer noch trockenes, vorwiegend heiteres Wetter erwarten.



*Spüler wirt für alle
im Hause
zuletzt mußst du
einmal spülen!*

- die wundervolle Arbeitsleistung die im Nu die Fett- und Speisereste vom Geschir fortspült, die alles mit herrlichem Glanz umgibt, darf in ihrem Haushalt nicht fehlen!
- ist zugleich ein ideales Reinigungsmittel für alle stark beschmutzten Gegenstände aus Glas, Porzellan, Metall, Stein, Fliesen, Marmor, Holz usw.
- ist so ergiebig, daß Sie nur 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer zu nehmen brauchen.

Sie haben Freude am Reinigen durch

Henkel's Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät
Hergestellt in den Darril-Werken

Zu verkaufen

Eine ältere Türe 1,80/0,90 m, ein dreiflügeliges Fenster, zwei Geschirrbretter für Küche · Speisekammer, eine zweiarmlige elektrische Beleuchtung (älter), ein Waschtisch, Marmor, Spiegel (fast neu).

Pension Augusta.

Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß **Nutzungen jeder Art** aus dem Stadtwald nur mit Unterschrift und Stempel des städt. Forstamts versehenen Ausweises gestattet sind. Ohne Ausweis darf nur nach Bekanntmachung in der Zeitung Buchholz geholt werden.

Wildbad, den 6. März 1930. Städt. Forstamt.

„Gasthaus zum Anker“
Samstag und Sonntag
Schlachtpartie
wozu freundl. einladet P. Jauß.

Gasthaus z. Ratskeller
Samstag und Sonntag
Meckelsuppe
wozu freundlich einladet Fritz Koch.

K. K. Kleinkaliberschützenverein.
Sonntag den 9. März 1930
von nachm. 1 Uhr ab findet ein **Werbe- u. Preisschießen**
statt, wozu freundl. eingeladen wird. Auch Nichtmitglieder können sich daran beteiligen.
1. Preis: 1 Gaisbock.
Die Schießleitung.

W.V.W.
Heute nachmittag 5 Uhr bei Kollege Schmid zur Silberburg.

Jüngere Putzfrau
sofort gesucht.
Auskunft erteilt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Achten Sie auf folgende Gelegenheitskäufe:

- Pedal-Harmonium**
- Harmonium**
- Pianos**
- Flügel**
- Schaufenster** zeigen Ihnen den Weg zu den Verkaufsräumen.
- Schiedsmayer** Pianofortefabrik **STUTTGART** Nur im **12** Eckhaus Neckarstr. **12**
- Schreibmaschinen** nebst Zubehör kaufen Sie billiger bei **GESCHW. FLUM** Buch- und Papierhandlung.

Schuhhaus Lutz
Dachdeckerstube
Suche geräumige **4-5 Zimmer-Wohnung** mit allem Zubehör (wenn möglich mit Bad).
Offerten unter „Wohnung“ an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Jahrgang 1905.
Morgen Samstag Abend 8.30 Uhr **Zusammenkunft** im Gasthaus „Kühler Brunnen“. Erscheinen aller Schulkameradinnen und Schulkameraden dringend erforderlich.

Visitkarten
liefert in kürzester Frist die Buchdruckerei ds. Bl.